

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 72 (1994)
Heft: 2

Artikel: Wirtschaftskonzept der SPS : mit radikalen Reformen die Zukunft gestalten
Autor: Bodenmann, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341087>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mit radikalen Reformen die Zukunft gestalten

Der Entwurf eines neuen SP-Wirtschaftskonzeptes hat in und ausserhalb der Partei eine breite Diskussion ausgelöst. Während den Visionen und Utopien fehlen,

Peter Bodenmann

bezweifeln die Andern die Realisierbarkeit einer radikalen Reformpolitik. Im Folgenden will ich auf einige Elemente dieser Debatte näher eingehen.

Die Linke steht weltweit politisch mit dem Rücken zur Wand.

- In Italien sitzen Neofaschisten in der Regierung. Ohne nennenswerten Protest der europäischen Linken.
- In Russland heisst der nächste Präsident wahrscheinlich Schirinowski.
- Die meisten Formationen links der SP haben sich in Europa und in der Schweiz aufgelöst. Einst stolze Theoriezeitschriften serbeln dahin.
- Die Sozialdemokratie — inklusive PDS — in den umliegenden Ländern politisiert selbst in banalen Fragen wie dem Tempolimit vorsichtig.

Die konkrete Analyse der konkreten Situation ergibt unschwer: Es gibt keine relevanten Kräfte, es gibt keine überzeugenden Konzepte, welche heute weltweit den Kapitalismus in Frage stellen. Wer das Gegenteil behauptet, mag sie nennen.

Die SP diskutierte zu Beginn der achtziger Jahre ein neues Programm. Im Zentrum der öffentlich wahrgenommenen Auseinandersetzungen stand die Frage der Selbstverwaltung und der Überwindung des Kapitalismus:

- Die 1982 nach heftiger Diskussion gefundenen Formulierungen sind relativ unverbindlich. Sie lassen sich verschiedenen lesen, entsprechen der Bandbreite

der in der Partei vertretenen Ansichten.

- Das Programm hatte relativ wenig Bezug zur konkreten Arbeit der Partei, die nie mehr als reformistische Politik formulierte und durchsetzte.

Das Programm war in der Folge kein zentrales Arbeitsinstrument der Partei, die Selbstverwaltungs-Diskussion nicht im Ansatz ein relevantes Thema.

In den letzten drei Jahren haben Rezession und Rechte die Schweiz unsozial umgepflügt:

- Selbst die Bankgesellschaft zählt 250'000 Erwerbslose. Nur deren 180'000 erhalten Arbeitslosengeld.
- Die realen Löhne sinken auf der ganzen Front.
- Erstmals in einer Rezession steigen die Exporte. Die Gewinne der börsenkotierten Unternehmen explodieren.

Gasser und Co. machen überzeichnet sichtbar, was faktisch abläuft: Gesamtarbeitsverträge und Kollektivarbeitsverträge werden abgeschafft, ausgehöhlt und unterlaufen.

Die Entwicklungen in der Schweiz sind keine Ausnahme. Weltweit verschärfen sich die Widersprüche:

- National und international werden die sozialen Gegensätze grösser.
- Der ökologische Umbau hat noch nicht einmal begonnen.
- Die Gleichstellung der Geschlechter kommt nicht vom Fleck.
- Die technologische Entwicklung beschleunigt sich, ohne dass es eine relevante Kontrolle gibt.

Die Wirtschaftspolitik wird im Zentrum der Auseinandersetzungen der nächsten Jahre stehen. Eine Linke, die keine konkreten Antworten formuliert, nimmt sich selbst aus dem Rennen.

Die SP ist ideologisch ein bunter Bazar. Menschen unterschiedlicher politischer Herkunft versuchen gemeinsam eine solidarische Politik zu formulieren. Das im Entwurf vorliegende neue Wirtschaftskonzept der SP versucht dieser Tatsache mit einem ungewohnten Ansatz Rechnung zu tragen:

- Wir formulieren vorab die laufenden Widersprüche und Trends, welche Wirtschaft und Politik in den nächsten Jahren absehbar prägen werden.
- In einem zweiten Schritt versucht das Papier einige grundsätzliche Fragen wie das Verhältnis zwischen Staat und Markt, zwischen Reform und Bruch mit dem oder diesem Kapitalismus anzudiskutieren.
- Und im dritten Teil folgt die Summe der konkreten Vorschläge, welche nach unserer Überzeugung linke Politik in den nächsten Jahren in der Schweiz ausmachen kann und muss.

Die bisherigen KritikerInnen des Wirtschaftskonzeptes übten wenig inhaltliche Kritik an der Beschreibung der Widersprüche. Fast keine Kritik wurde an den konkreten Vorschlägen laut.

Das Papier wählt auf vielen Gebieten einen ungewöhnlichen Zugang zu Problemen. Dies führte zu erstaunlichen Aufregungen:

- Die Rechte in Europa will sozial- (demokratische) Errungenschaften abbauen. Ideologisch führt sie deshalb eine Standortdebatte, um unsoziale Umverteilung voranzubringen. Wir versuchen eine linke Antwort und sagen: Die Schweiz ist ein guter Standort. Und: Linke Politik — von der Senkung der Militärausgaben bis zur Erhöhung der Löhne, der Umverteilung der Arbeit und mehr sozialer Sicherheit — verbessert den Standort.
- Das Wirtschaftspapier will eine massive Verstärkung der Stellung der Lohnabhängigen in den Betrieben. Deshalb soll neu in Sachen Gesamtarbeitsverträge eine Verhandlungspflicht ohne Abschlusszwang bestehen. Betriebe ohne

Gesamtarbeitsverträge sollen weder öffentliche Aufträge noch Exportrisikogarantien erhalten. Hier wird unter dem Stichwort sozialer Friede die Stellung der Lohnabhängigen im Klassenkampf gestärkt.

Was an diesen und anderen konkreten Forderungen rechts und korporatistisch sein soll, verschliesst sich dem rationalen Zugang.

Wer die wirtschaftspolitischen Vorstellungen relevanter europäischer Linksparteien durchsieht, wird schwerlich auf ein Paket vergleichbar radikaler Forderungen stossen:

- Welche andere europäische Linkspartei fordert mit derart klaren Vorgaben und Instrumenten den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft?
- Welche andere sozialdemokratische Regierungspartei will die Halbierung der Militärausgaben innert sieben Jahren?
- Welche andere europäische Linkspartei fordert Vollbeschäftigung über gezielte aber massive staatliche Intervention zugunsten der Lohnabhängigen und Gewerkschaften?
- Welche andere 20 Prozent-Partei in Europa fordert die gleichmässige Verteilung der Arbeit — der bezahlten wie der unbezahlten — zwischen den Geschlechtern und schlägt entsprechende Massnahmen vor?

Und dies in einem Zeitpunkt, wo die Redaktion der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ feststellt, dass "eine verstörte, über sich selbst verunsicherte Linke längs schon das Bemühen aufgegeben zu haben scheint, einen neuen, **linken** Standort für sich in der Epoche nach dem 'Realsozialismus' zu definieren." Um die Definition dieses Standortes geht es.

Das Wirtschaftspapier versucht auf verschiedenen Feldern der Politik mehrheitsfähige Forderungen zu formulieren. Es geht von der Überzeugung aus, dass die Mehrheit der Menschen in der Schweiz — so zersplittert die Klassenlage der Lohnabhängigen auch sein mag — gemeinsame

Interessen hat, die es politisch zu formulieren, zu formieren und durchzusetzen gilt. Mit im Zentrum steht die Arbeit, deren Verteilung und die soziale Sicherheit:

- Die Lebensarbeitszeiten müssen sinken.
- Die realen Löhne müssen steigen.
- Die soziale Sicherheit muss gezielt aus- und nicht abgebaut werden.

In den Diskussionen in den Sektionen und Kantonalparteien wurde oft die Frage gestellt: sind diese Forderungen realistisch? Gehen sie nicht zu weit? Die Frage deutet an, was der Begriff „radikale Reformen“ auf den Punkt zu bringen versucht. Die radikalen Reformen sollen an die Wurzeln gehen, die Grenzen des Systems sichtbar machen.

Die bisher gelaufenen Diskussionen haben klar gemacht: Die SP und der Parteivorstand wollen weiterhin die Überwindung des Kapitalismus. Der Verweis auf das Programm ist Bestandteil des Wirtschaftspapiers. Die radikalen Reformen sind ein Schritt hin zu diesem Ziel.

Gleichzeitig machte die Debatte klar:

- Unter Überwindung des Kapitalismus verstehen wir ganz unterschiedliche Dinge.
- Konkrete Vorstellungen, wie die nachkapitalistische Gesellschaft denn auszusehen habe, sind schwerlich auszumachen.

Im Rahmen der nun beginnenden Programmdiskussion müssen wir diese Fragen ausdiskutieren. Dies bedingt eine breite Repolitisierung der Linken in der Schweiz.

Viele in der Partei hatten Angst, das Wirtschaftspapier ersetze das Parteiprogramm, schreibe Positionen für die kommenden zwölf Jahre fest. Die weitere Arbeit der Partei soll diesen Bedenken Rechnung tragen:

- Mindestens alle vier Jahre wird das Wirtschaftspapier am Parteitag überarbeitet. Dies zwingt zur Diskussion und ermöglicht etwa den Einbau jener Er-

kenntnisse, welche uns feministische Theorie und Praxis verspricht.

- Eine unabhängige Kommission soll verfolgen, ob und wie die Partei auf den verschiedenen Ebenen - Gemeinde, Kanton, Bund - die Vorschläge des Wirtschaftspapiers umsetzt und weiterentwickelt.
- Parallel dazu beginnt die grosse Arbeit am Parteiprogramm.

Alte Füchse der schweizerischen Politik weisen zurecht darauf hin: Das Wirtschaftskonzept ist eine breite Auslegeordnung unserer Politik. Politik bedarf aber auch der vermittelbaren Zuspitzung auf wenige zentrale Themen. Diese Arbeit der Zuspitzung muss in den nächsten Wochen und Monaten geleistet werden:

- Eine Kurzfassung muss die wesentlichen Forderungen verständlich auf den Punkt bringen.
- Die grossen sozialen Themen müssen in Form von breit abgestützten mehrheitsfähigen Initiativen die Schweiz politisch bewegen.

Die kommenden Wochen und Monate werden zeigen, ob es uns gelingt, über und mit der sozialen Frage Gegensteuer zu geben:

- Wird das AHV-Alter der Frauen auf 64 Jahre erhöht?
- Gelingt der Durchbruch hin zu einer sozialen Krankenversicherung?
- Kann der Abbau der Leistungen der Arbeitslosenkasse verhindert werden und schaffen wir stattdessen den Durchbruch zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik?
- Können die Gewerkschaften die weitere soziale Demontage verhindern und stattdessen im absehbaren wirtschaftlichen Aufschwung lohnseitig Boden gut machen?

Banale Fragen? Im Gegenteil.

Peter Bodenmann ist Präsident der SP Schweiz und Mitautor des neuen Wirtschaftspapiers
--